

Vergabegrundlage für Umweltzeichen

Geschirrspülmaschinen für den Hausgebrauch

RAL-UZ 152



Ausgabe Februar 2013

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
1.1	Vorbemerkung	3
1.2	Hintergrund	3
1.3	Ziel des Umweltzeichens	3
1.4	Einhaltung gesetzlicher Vorgaben	4
1.5	Prüflabore	5
2	Geltungsbereich	5
3	Anforderungen	5
3.1	Energieverbrauch	5
3.2	Wasserverbrauch	6
3.3	Wasserstopp	6
3.4	Trocknungseffizienz	6
3.5	Geräuschemission	7
3.6	Startzeitvorwahl/ Interkonnektivität	7
3.7	Bereitstellung von Ersatzteilen	7
3.8	Materialanforderungen an die Kunststoffe der Gehäuse und Gehäuseteile	8
3.9	Dämmstoffe	9
3.10	Systeme mit biozidem Silber	10
3.11	Wartungs- und recyclinggerechte Konstruktion	10
3.12	Verbraucherinformation	11
4	Zeichennehmer und Beteiligte	11
5	Zeichenbenutzung	12

Mustervertrag

1 Einleitung

1.1 Vorbemerkung

Die Jury Umweltzeichen hat in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Umweltbundesamt und unter Einbeziehung der Ergebnisse der von der RAL gGmbH einberufenen Anhörungsbesprechungen diese Grundlage für die Vergabe des Umweltzeichens beschlossen. Mit der Vergabe des Umweltzeichens wurde die RAL gGmbH beauftragt. Für alle Erzeugnisse, soweit diese die nachstehenden Bedingungen erfüllen, kann nach Antragstellung bei der RAL gGmbH auf der Grundlage eines mit der RAL gGmbH abzuschließenden Zeichenbenutzungsvertrages die Erlaubnis zur Verwendung des Umweltzeichens erteilt werden.

1.2 Hintergrund

Mit einer besonders energieeffizienten Geschirrspülmaschine der Energieeffizienzklasse „A+++“ können im Vergleich zu einem Gerät der „A“-Klasse im Durchschnitt 26 Prozent, gegenüber der Geräte der „A“-Klasse sogar 30 Prozent Energie eingespart werden. Wassersparende Geschirrspülmaschinen benötigen pro Reinigungszyklus maximal zehn Liter Wasser. Zukünftig kann mit Geschirrspülmaschinen, die mit dem Blauen Engel gekennzeichnet sind, eine ökologisch sinnvolle Nutzung durch eine zeitliche Steuerung des häuslichen Energieverbrauchs realisiert werden.

1.3 Ziel des Umweltzeichens

Der Klimaschutz, die Verminderung des Energie- und Wasserverbrauchs und die Vermeidung von Schadstoffen und Abfall sind wichtige Ziele des Umweltschutzes.

Mit dem Umweltzeichen für Geschirrspülmaschinen können Geräte gekennzeichnet werden, die sich durch folgende Umwelteigenschaften auszeichnen:

- Geringer Energie- und Wasserverbrauch
- Nutzung zeitvariabler Stromtarife/-angebote
- Geringe Geräuschemissionen
- Langlebige und recyclinggerechte Konstruktion
- Vermeidung von Schadstoffen

1.4 Einhaltung gesetzlicher Vorgaben

Die Einhaltung bestehender Gesetze und Verordnungen wird für die mit dem Umweltzeichen gekennzeichneten Produkte vorausgesetzt. Insbesondere die nachfolgend genannte Verordnung ist einzuhalten:

- Die durch die Stand-By-Verordnung, Nr.1275/2008 vom 17.Dezember 2008 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG¹, definierten Anforderungen werden eingehalten.
- Die durch das Elektro- und Elektronikgesetz (ElektroG)² in deutsches Recht umgesetzten EU-Richtlinien³ sind beachtet.
- Die durch die Chemikalienverordnung REACH (1907/2006/EG)⁴ und die EG-Verordnung 1272/2008⁵ (oder die Richtlinie 67/548/EWG) definierten stofflichen Anforderungen werden berücksichtigt.
- Die Vorgaben zur Energieverbrauchskennzeichnung⁶ und zur Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie⁷ sind erfüllt.

¹ Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission vom 17.Dezember 2008 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an den Stromverbrauch elektrischer und elektronischer Haushalts- und Bürogeräte im Bereitschafts- und im Aus-Zustand

² Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten, BGBl, 2005, Teil I, Nr. 17 (23.05.2005)

³ Directive on Waste Electrical and Electronic Equipment, RL 2002/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Elektro- und Elektronik-Altgeräte vom 27.01.2003 bzw. deren Revision: RICHTLINIE 2012/19/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 4. Juli 2012 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte;

Directive on the Restriction of the Use of Certain Hazardous Substances in Electrical and Electronic Equipment, Richtlinie 2002/95/EG zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten, ABI Nr. L 37, 13.02.2003 bzw. deren Revision: RICHTLINIE 2011/65/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 8. Juni 2011 zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten

⁴ Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission

⁵ Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006

⁶ Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1059/2010 der Kommission vom 28. September 2010 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Kennzeichnung von Haushaltsgeschirrspülern in Bezug auf den Energieverbrauch.

1.5 Prüflabore

Sämtliche in der Vergabegrundlage geforderten Prüfgutachten und (Mess-) Protokolle sind von Laboratorien durchzuführen, die den Anforderungen der Norm DIN EN ISO/IEC 17025 oder gleichwertigen Kriterien genügen. Prüfprotokolle des Antragstellers werden als gleichwertig anerkannt, wenn dieser ein Prüflaboratorium nutzt, das für diese Messungen von einer unabhängigen Stelle als SMT-Labor (supervised manufacturer's testing laboratory) anerkannt ist.

2 Geltungsbereich

Diese Vergabegrundlage gilt für elektrische Geschirrspülmaschinen für den Hausgebrauch.

Nicht in den Geltungsbereich fallen Geschirrspülmaschinen für den semiprofessionellen und professionellen Einsatz, diese sind ausgestattet mit Sonderprogrammen für nicht haushaltsübliche Zwecke, z.B. Arztpraxen, Kindergärten etc..

3 Anforderungen

3.1 Energieverbrauch

3.1.1 Energieeffizienz

Bezüglich der Energieeffizienz müssen die Geräte mindestens folgenden Einstufungen entsprechend der Verordnung (EU) 1059/2010 für Haushaltsgeschirrspüler aufweisen:

- Geräte mit einer Breite > 45 cm: Energieeffizienzklasse „A+++“ (EEI < 50)
- Geräte mit einer Breite ≤ 45 cm: Energieeffizienzklasse „A++“ (EEI < 56)

Nachweis

Der Antragsteller erklärt die Einhaltung der Anforderungen in Anlage 1 zum Vertrag und legt einen entsprechenden Prüfbericht vor.

⁷ VERORDNUNG (EU) Nr. 1016/2010 DER KOMMISSION vom 10. November 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Haushaltsgeschirrspülern

3.1.2 Leistungsaufnahme im Betriebszustand „Programmende“, „Startzeitvorwahl“ und im Aus-Zustand

Die Leistungsaufnahme des Geräts im Betriebszustand „Programmende“ darf maximal 0,5 Watt betragen.

Verfügt das Gerät über ein Display, darf das Gerät im Betriebszustand „Programmende“ eine maximale Leistungsaufnahme von 1,00 Watt aufweisen.

Die Leistungsaufnahme des Geräts im Betriebszustand „Startzeitvorwahl“ darf maximal 4 Watt betragen.

Die Leistungsaufnahme des Geräts im Aus-Zustand darf maximal 0,2 Watt betragen.

Nachweis

Der Antragsteller erklärt die Einhaltung der Anforderungen in Anlage 1 zum Vertrag und legt einen Prüfbericht vor. Die Messung erfolgt nach DIN EN 50564:2011.

3.2 Wasserverbrauch

Für den Wasserverbrauch im Standardreinigungszyklus, berechnet nach der Verordnung (EU) 1059/2010 für Haushaltsgeschirrspüler, gilt:

- Geräte mit einer Breite > 45 cm: maximal 2800 Liter pro Jahr
- Geräte mit einer Breite ≤ 45 cm: maximal 2520 Liter pro Jahr

Nachweis

Der Antragsteller erklärt die Einhaltung der Anforderung in Anlage 1 zum Vertrag und legt einen Prüfbericht vor. Die Messung erfolgt nach DIN EN 50242/EN 60436:2008.

3.3 Wasserstopp

Das Gerät muss über einen Wasserstopp verfügen, für dessen Funktion der Antragsteller bei fachgerechter Installation für die gesamte Lebensdauer von mindestens 2800 Standardspülzyklen der Geschirrspülmaschine die Garantie übernimmt. Die Garantie muss in den Produktunterlagen vermerkt sein.

Nachweis

Der Antragsteller erklärt die Einhaltung der Anforderung in Anlage 1 und legt die entsprechenden Seiten der Produktunterlagen vor.

3.4 Trocknungseffizienz

Der Trocknungseffizienzindex (ID) muss entsprechend der EU-Verordnung 1016 / 2010 folgende Einstufung aufweisen:

$I_D > 1,08$ entsprechend Trocknungseffizienzklasse „A“.

Nachweis

Der Antragsteller erklärt die Einhaltung der Anforderung in Anlage 1 und legt einen Prüfbericht vor. Die Messung erfolgt nach DIN EN 50242/EN 60436:2008.

3.5 Geräuschemission

Die Bewertung der Geräuschemissionen beruht auf den ganzzahligen Angabewerten L_C der Schallleistungspegel in dB(A). Geschirrspüler dürfen folgende Schallleistungspegel L_C nicht überschreiten:

- 44 dB(A) für ≤ 45 cm breite Geräte;
- 42 dB(A) für > 45 cm breite Geräte.

Der Schallleistungspegel ist in den Produktunterlagen zu vermerken.

Nachweis

Der Antragsteller erklärt die Einhaltung der Anforderung in Anlage 1 zum Vertrag und legt einen Prüfbericht sowie die entsprechenden Seiten der Produktunterlagen vor. Die Geräuschemissionen sind gemäß DIN EN 60704-1 unter den in DIN EN 60704-2-3 beschriebenen besonderen Anforderungen zu messen sowie gemäß DIN EN 60704-3 als ganzzahliger Wert L_C in dB(A) anzugeben. Das Ergebnis der Geräuschemessung ist in Anlage 1 anzugeben.

3.6 Startzeitvorwahl/ Interkonnektivität

Das Gerät muss über eine Startzeitvorwahl verfügen, welche eine Vorwahlzeit von mindestens acht Stunden ermöglicht.

Zusätzlich muss das Gerät ab dem 01.01.2015 über eine Schnittstelle verfügen, die eine Kommunikation und Steuerung (Interkonnektivität) mit dem Stromnetz ermöglicht.

Nachweis

Der Antragsteller erklärt die Einhaltung der Anforderungen in Anlage 1 zum Vertrag und legt entsprechende Produktunterlagen vor.

3.7 Bereitstellung von Ersatzteilen

Der Antragsteller verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass die Ersatzteilversorgung für die Reparatur der Geräte für mindestens 10 Jahre ab Produktionseinstellung sichergestellt sind und dass der Kunde über diese Sicherstellung der Verfügbarkeit von

Ersatzteilen informiert wird, z.B. über entsprechende Hinweise in den Produktunterlagen.

Unter Ersatzteilen sind solche Teile zu verstehen, die typischerweise im Rahmen der üblichen Nutzung eines Produktes ausfallen können. Andere, regelmäßig die durchschnittliche Lebensdauer des Produktes überdauernde (ästhetische) Teile, sind nicht als Ersatzteile anzusehen.

Der Antragsteller verpflichtet sich außerdem, einen Kundendienst vorzuhalten oder zu beauftragen, der eine Vor-Ort-Reparatur der Geräte beim Kunden ermöglicht.

Die Produktunterlagen müssen Informationen über die genannten Anforderungen enthalten.

Nachweis

Der Antragsteller erklärt die Einhaltung der Anforderungen in Anlage 1 und legt die entsprechenden Seiten der Produktunterlagen vor.

3.8 Materialanforderungen an die Kunststoffe der Gehäuse und Gehäuseteile⁸

Den Kunststoffen dürfen als konstitutionelle Bestandteile keine Stoffe zugesetzt sein, die eingestuft sind als

- a) krebserzeugend der Kategorien 1 oder 2 nach Tabelle 3.2 des Anhangs VI der EG-Verordnung 1272/2008⁹
- b) erbgutverändernd der Kategorien 1 oder 2 nach Tabelle 3.2 des Anhangs VI der EG-Verordnung 1272/2008
- c) fortpflanzungsgefährdend der Kategorien 1 oder 2 nach Tabelle 3.2 des Anhangs VI der EG-Verordnung 1272/2008

⁸ Gehäuseteile übernehmen Design- und Schutzfunktion. Beispiele für letztere: Schutz des Bedienpersonals (vor elektrischer Spannung), Schutz des Gerätes vor Umgebungseinflüssen (wie Schutz und Feuchtigkeit).

⁹ Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006, Anhang VI Harmonisierte Einstufung und Kennzeichnung für bestimmte gefährliche Stoffe, Teil 3: Harmonisierte Einstufung und Kennzeichnung – Tabellen, Tabelle 3.2 Die Liste der harmonisierten Einstufung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe aus Anhang I der Richtlinie 67/548/EWG, kurz: GHS-Verordnung http://www.reach-info.de/ghs_verordnung.htm, in der jeweils gültigen Fassung. Die GHS-Verordnung (Global Harmonization System), die am 20.01.2009 in Kraft getreten ist, ersetzt die alten Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG. Danach erfolgt die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung für Stoffe bis zum 1. Dezember 2010 gemäß der RL 67/548/EWG (Stoff-RL) und für Gemische bis zum 1. Juni 2015 gemäß der RL 1999/45/EG (Zubereitungs-RL). Abweichend von dieser Bestimmung kann die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung für Stoffe und Zubereitung bereits vor dem 1. Dezember 2010 bzw. 1. Juni 2015 nach den Vorschriften der GHS-Verordnung erfolgen. Die Bestimmungen der Stoff-RL und Zubereitungs-RL finden in diesem Fall keine Anwendung.

- d) besonders besorgniserregend aus anderen Gründen nach den Kriterien des Anhang XIII der REACH-Verordnung, insofern sie in die gemäß REACH Artikel 59 Absatz 1 erstellte Liste (sog. Kandidatenliste¹⁰) aufgenommen wurden.

Halogenhaltige Polymere sind nicht zulässig. Ebenso dürfen halogenorganische Verbindungen nicht als Flammschutzmittel zugesetzt werden. Zudem dürfen keine Flammschutzmittel zugesetzt werden, die gemäß Tabelle 3.1 bzw. 3.2 des Anhang VI der EG-Verordnung 1272/2008 als sehr giftig für Wasserorganismen mit langfristiger Wirkung eingestuft und dem Gefahrenhinweis H410 bzw. mit dem R Satz R 50/53 gekennzeichnet sind.

Von dieser Regelung ausgenommen sind:

- prozessbedingte, technisch unvermeidbare Verunreinigungen;
- fluororganische Additive (wie z.B. Anti-Dripping-Reagenzien), die zur Verbesserung der physikalischen Eigenschaften der Kunststoffe eingesetzt werden, sofern sie einen Gehalt von 0,5 Gew.-% nicht überschreiten;
- Kunststoffteile mit einer Masse kleiner 25 Gramm.

Nachweis

Der Antragsteller erklärt die Einhaltung der Anforderungen in Anlage 1 und legt eine schriftliche Erklärung der Kunststoffhersteller vor oder stellt die Vorlage derselben gegenüber der RAL gGmbH sicher. Diese Erklärung in Anlage P-M bestätigt, dass die auszuschließenden Substanzen den Kunststoffen nicht zugesetzt sind und gibt die chemische Bezeichnung der eingesetzten Flammschutzmittel inklusive der CAS-Nummer und der Einstufungen an. Der Antragsteller nennt die verwendeten Gehäusekunststoffe für Teile mit einer Masse ≥ 25 Gramm und legt eine Liste der verwendeten Gehäusekunststoffe gemäß Anlage P-L25 vor.

3.9 Dämmstoffe

Werden Faserdämmstoffe wie Mineralwolle, Glaswolle oder Steinwolle verwendet, ist mittels Prüfgutachten nachzuweisen, dass der Kanzerogenitäts-Index der betreffenden Produkte $KI \geq 40$ ist und damit nach dem Einstufungskonzept der TRGS 905 weder

¹⁰ Link zur Kandidatenliste der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH):
<http://echa.europa.eu/web/guest/candidate-list-table>

eine Einstufung als krebserzeugender Stoff noch als krebverdächtiger Stoff erforderlich ist.

Keramische Mineralfasern, d.h. glasige (Silikat-) Fasern mit einem Anteil an Alkali- und Erdalkalimetalloxiden ($\text{Na}_2\text{O} + \text{K}_2\text{O} + \text{CaO} + \text{MgO} + \text{BaO}$) von weniger oder gleich 18 Gewichtsprozent dürfen nicht eingesetzt werden.

Nachweis

Der Antragsteller erklärt die Einhaltung der Anforderung in Anlage 1. Sofern Faserdämmstoffe eingesetzt werden, legt der Antragsteller ein Prüfgutachten eines nach DIN EN ISO/IEC 17025 akkreditierten Prüflabors vor. Die Bestimmung des Kanzerogenitäts-Index erfolgt gemäß TRGS 905 auf Basis der nach DIN 51001 erhaltenen Messwerte.

3.10 Systeme mit biozidem Silber

Der Einsatz von Systemen mit biozid wirkendem Silber ist ausgeschlossen.

Nachweis

Der Antragsteller erklärt die Einhaltung der Anforderung in Anlage 1.

3.11 Wartungs- und recyclinggerechte Konstruktion

Das Gerät muss so entworfen und konstruiert sein, dass eine Demontage im Hinblick auf Reparierbarkeit sowie die Separierung wertstoffhaltiger Bauteile und Materialien leicht und schnell möglich ist. Das heißt, dass

- entsprechende Verbindungen mit herkömmlichen Werkzeugen lösbar und die Verbindungsstellen leicht zugänglich sein müssen,
- Kunststoffe aus nur einem Polymer bestehen sollen bzw. Kunststoffteile deren Masse größer als 25g sind gemäß ISO Norm 11469 gekennzeichnet sein müssen, um eine sortenreine Trennung zu ermöglichen und
- eine Anleitung zur Demontage für die Behandler von Alt-Geräten verfügbar sein muss, mit dem Ziel, möglichst viele Ressourcen zurückzugewinnen.

Nachweis

Der Antragsteller erklärt die Einhaltung der Anforderung in Anlage 1 zum Vertrag und legt die entsprechende Anleitung zur Demontage für die Behandler von Alt-Geräten vor.

3.12 Verbraucherinformation

Der Energie-, Wasser- und Spülmittelverbrauch von Geschirrspülmaschinen ist in erheblichem Maße abhängig vom Nutzerverhalten (insbesondere durch die Beladung und die Programmwahl). Folgende wesentliche Nutzerinformationen müssen mindestens in der Bedienungsanleitung enthalten, sowie auf den Internetseiten des Herstellers abrufbar sein:

1. Empfehlung, die Reinigungsmitteldosierung dem Verschmutzungsgrad anzupassen und Hinweis darauf, dass für den täglichen Gebrauch oft auch die strom- und wassersparenden Programme ausreichend sind;
2. Empfehlung, die Salzdosierung dem Wasserhärtebereich anzupassen;
3. Empfehlung, das Geschirr nicht abzuspülen bevor es in die Geschirrspülmaschine gestellt wird;
4. Angaben zum Wasser- und Energieverbrauch der Maschine für die einzelnen Programme und für die wählbaren Zusatzfunktionen (möglichst tabellarische Darstellung);
5. Hinweise zur Nutzung von zeitvariablen Stromangeboten;
6. Hinweis, dass die Geschirrspülmaschinen den meisten Strom zum Aufheizen des Wassers benötigen. Dieser Energieverbrauch lässt sich bei Geräten mit Warmwasseranschluss mindern. Empfehlenswert ist die Nutzung eines Warmwasseranschlusses (max. 60°C), wenn das warme Wasser aus Solaranlagen, aus Fernwärme, aus einer modernen Gas- oder Ölheizung oder aus einem geeigneten Gas-Durchlauferhitzer zur Verfügung steht und wenn der Leitungsweg zur Maschine gut wärmegeklämt und kurz ist. Bevor warmes Wasser fließt, sollten nicht mehr als 1,5 Liter kaltes Wasser ausfließen;
7. Empfehlung, die Maschine möglichst nur voll beladen zu betreiben (wünschenswert sind hier Schaubilder zur korrekten Beladung);
8. Verweis auf die Internetseite „Forum Waschen“, die Informationen rund ums korrekte Geschirrspülen gibt: <http://www.forum-waschen.de/abwaschen-geschirrspuelen.html>
9. Informationen bezüglich der Vorhaltung von Ersatzteilen über einen Zeitraum von 10 Jahren sowie Angabe einer Kontaktadresse/Telefonnummer bezüglich Informationen zum Erwerb von Ersatzteilen.

Nachweis

Der Antragsteller erklärt die Einhaltung der Anforderung in Anlage 1 zum Vertrag und legt die entsprechenden Seiten der Produktunterlagen vor.

4 Zeichennehmer und Beteiligte

4.1 Zeichennehmer sind Hersteller oder Vertreiber von Produkten gemäß Abschnitt 2.

4.2 Beteiligte am Vergabeverfahren:

- RAL gGmbH für die Vergabe des Umweltzeichens Blauer Engel,
- das Bundesland, in dem sich die Produktionsstätte des Antragstellers befindet,
- das Umweltbundesamt, das nach Vertragsschluss alle Daten und Unterlagen erhält, die zur Beantragung des Blauen Engel vorgelegt wurden, um die Weiterentwicklung der Vergabegrundlagen fortführen zu können.

5 Zeichenbenutzung

- 5.1** Die Benutzung des Umweltzeichens durch den Zeichennehmer erfolgt aufgrund eines mit der RAL gGmbH abzuschließenden Zeichenbenutzungsvertrages.
- 5.2** Im Rahmen dieses Vertrages übernimmt der Zeichennehmer die Verpflichtung, die Anforderungen gemäß Abschnitt 3 für die Dauer der Benutzung des Umweltzeichens einzuhalten.
- 5.3** Für die Kennzeichnung von Produkten gemäß Abschnitt 2 werden Zeichenbenutzungsverträge abgeschlossen. Die Geltungsdauer dieser Verträge läuft bis zum 31.12.2016. Sie verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls der Vertrag nicht bis zum 31.03.2016 bzw. 31.03. des jeweiligen Verlängerungsjahres schriftlich gekündigt wird. Eine Weiterverwendung des Umweltzeichens ist nach Vertragsende weder zur Kennzeichnung noch in der Werbung zulässig. Noch im Handel befindliche Produkte bleiben von dieser Regelung unberührt.
- 5.4** Der Zeichennehmer (Hersteller) kann die Erweiterung des Benutzungsrechtes für das Kennzeichnungsberechtigte Produkt bei der RAL gGmbH beantragen, wenn es unter einem anderen Marken-/Handelsnamen und/oder anderen Vertriebsorganisationen in den Verkehr gebracht werden soll.
- 5.5** In dem Zeichenbenutzungsvertrag ist festzulegen:
- 5.5.1** Zeichennehmer (Hersteller/Vertreiber)
 - 5.5.2** Marken-/Handelsname, Produktbezeichnung
 - 5.5.3** Inverkehrbringer (Zeichenanwender), d.h. die Vertriebsorganisation gemäß Abschnitt 5.4

VERTRAG

Nr.

über die Vergabe des Umweltzeichens

RAL gGmbH als Zeichengeber und die Firma

(Inverkehrbringer)

als Zeichennehmer – nachfolgend kurz ZN genannt –
schließen folgenden Zeichenbenutzungsvertrag:

M U S T E R

1. Der ZN erhält das Recht, unter folgenden Bedingungen das dem Vertrag zugrunde liegende Umweltzeichen zur Kennzeichnung des Produkts/der Produktgruppe/Aktion **"Geschirrspüler"** für

"(Marken-/Handelsname)"

zu benutzen. Dieses Recht erstreckt sich nicht darauf, das Umweltzeichen als Bestandteil einer Marke zu benutzen. Das Umweltzeichen darf nur in der abgebildeten Form und Farbe mit der unteren Umschrift "Jury Umweltzeichen" benutzt werden, soweit nichts anderes vereinbart wird. Die Abbildung der gesamten inneren Umschrift des Umweltzeichens muss immer in gleicher Größe, Buchstabenart und -dicke sowie -farbe erfolgen und leicht lesbar sein.

2. Das Umweltzeichen gemäß Abschnitt 1 darf nur für o. g. Produkt/Produktgruppe/Aktion benutzt werden.
3. Für die Benutzung des Umweltzeichens in der Werbung oder sonstigen Maßnahmen des ZN hat dieser sicherzustellen, dass das Umweltzeichen nur in Verbindung zu o. g. Produkt/Produktgruppe/Aktion gebracht wird, für die die Benutzung des Umweltzeichens mit diesem Vertrag geregelt wird. Für die Art der Benutzung des Zeichens, insbesondere im Rahmen der Werbung, ist der Zeichennehmer allein verantwortlich.
4. Das/die zu kennzeichnende Produkt/Produktgruppe/Aktion muss während der Dauer der Zeichenbenutzung allen in der "Vergabegrundlage für Umweltzeichen RAL-UZ 152" in der jeweils gültigen Fassung enthaltenen Anforderungen und Zeichenbenutzungsbedingungen entsprechen. Dies gilt auch für die Wiedergabe des Umweltzeichens (einschließlich Umschrift). Schadenersatzansprüche gegen die RAL gGmbH, insbesondere aufgrund von Beanstandungen der Zeichenbenutzung oder der sie begleitenden Werbung des ZN durch Dritte, sind ausgeschlossen.
5. Sind in der "Vergabegrundlage für Umweltzeichen" Kontrollen durch Dritte vorgesehen, so übernimmt der ZN die dafür entstehenden Kosten.
6. Wird vom ZN selbst oder durch Dritte festgestellt, dass der ZN die unter Abschnitt 2 bis 5 enthaltenen

Bedingungen nicht erfüllt, verpflichtet er sich, dies der RAL gGmbH anzuzeigen und das Umweltzeichen solange nicht zu benutzen, bis die Voraussetzungen wieder erfüllt sind. Gelingt es dem ZN nicht, den die Zeichenbenutzung voraussetzenden Zustand unverzüglich wiederherzustellen oder hat er in schwerwiegender Weise gegen diesen Vertrag verstoßen, so entzieht die RAL gGmbH gegebenenfalls dem ZN das Umweltzeichen und untersagt ihm die weitere Benutzung. Schadenersatzansprüche gegen die RAL gGmbH wegen der Entziehung des Umweltzeichens sind ausgeschlossen.

7. Der Zeichenbenutzungsvertrag kann aus wichtigen Gründen gekündigt werden.

Als solche gelten z. Beispiel:

- nicht gezahlte Entgelte
- nachgewiesene Gefahr für Leib und Leben.

Eine weitere Benutzung des Umweltzeichens ist in diesem Fall verboten. Schadenersatzansprüche gegen die RAL gGmbH sind ausgeschlossen (vgl. Ziffer 6 Satz 3).

8. Der ZN verpflichtet sich, für die Nutzungsdauer des Umweltzeichens der RAL gGmbH ein Entgelt gemäß "Entgeltordnung für das Umweltzeichen" in ihrer jeweils gültigen Ausgabe zu entrichten.
9. Die Geltungsdauer dieses Vertrages läuft gemäß "Vergabegrundlage für Umweltzeichen RAL-UZ 152" bis zum 31.12.2016. Sie verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls der Vertrag nicht bis zum 31.03.2016 bzw. bis zum 31.03. des jeweiligen Verlängerungsjahres schriftlich gekündigt wird. Eine Benutzung des Umweltzeichens ist nach Vertragsende weder zur Kennzeichnung noch in der Werbung zulässig. Noch im Handel befindliche Produkte bleiben von dieser Regelung unberührt.
10. Mit dem Umweltzeichen gekennzeichnete Produkte/Aktionen und die Werbung dafür dürfen nur bei Nennung der Firma des

(ZN/Inverkehrbringers)

an den Verbraucher gelangen.

Sankt Augustin, den

Ort, Datum

RAL gGmbH
Geschäftsleitung

(rechtsverbindliche Unterschrift
und Firmenstempel)